

Historisches Dokument

In den Wind evaluiert

Forschungsabteilung der Akademie der Künste (Ost) steht vor dem Aus*

Paul Stoop

Manche ostdeutsche Wissenschaftseinrichtung hat vor der Evaluation durch den Wissenschaftsrat gezittert – um dann bei einem positiven Prüfungsergebnis erleichtert aufzuatmen. Aber das beste Votum garantiert nicht das Überleben. Diese Erfahrung machen jetzt auch die Wissenschaftler, die bisher bei der Ost-Berliner Akademie der Künste tätig waren. Bei einer Veranstaltung in einem der leergeräumten Zimmer des Gebäudes am Robert-Koch-Platz («gespenstisch» und «makaber» nannten es einige Teilnehmer) appellierten sie an den Berliner Senat, endlich die Klarheit über ihre berufliche Zukunft zu schaffen, die das eindeutige Plädoyer des Wissenschaftsrates nicht gebracht hat.

1990 arbeiteten 27 Wissenschaftler an Akademie-Projekten der Abteilungen Bildende Kunst, Darstellende Kunst, Literatureditionen und Musik.** Dazu kamen acht wissenschaftliche Mitarbeiter und drei Sekretärinnen. Auf Anregung der Akademie selbst evaluierte der Wissenschaftsrat 1991 die Forschungsabteilung der Akademie – und kam zu einem sehr eindeutig positiven Ergebnis.

* [A. d. Hg.] Wir drucken diesen Artikel aus *Der Tagesspiegel*, 4. Juli 1992, S. 15, mit freundlicher Genehmigung des Verlages Der Tagesspiegel und des Verfassers als Zeitdokument nach.

** [A. d. Hg.] Zu der von Ludwig Hoffmann geleiteten Forschungsabteilung Darstellende Kunst (die bis 1990 Institut für Darstellende Kunst hieß) gehörte neben einer größeren Gruppe von Theaterwissenschaftlern auch der von Peter Wuss geleitete Forschungsbereich «Film», dem drei weitere Wissenschaftlerstellen zugeordnet waren.

Kommissionsmitglied Eberhard Lämmert, früher Präsident der FU Berlin, nannte die drei Hauptgründe für die Bewertung: die Nähe der verschiedenen Künste (die etwa bei den Universitäten nicht gegeben sei), die Bedeutung des reichhaltigen Archivs und «den großen Raum, den sich diese Akademie-Wissenschaftler in der DDR für selbstbestimmte Forschung genommen haben».

Einer der Wissenschaftler, Klaus Mehner, berichtete über die Entwicklung seit der Evaluation. Der Kultursenator und der Bund schlugen vor, eine gemeinsam finanzierte Stiftung des öffentlichen Rechts zu gründen, die das Archiv umfassen sollte und die Forschungsabteilung mit etwa 30 Stellen (darunter 20 bis 25 Wissenschaftlerstellen) zu besetzen von positiv evaluierten Mitarbeitern. Dieses Stiftungsmodell bildete auch die Grundlage für die Empfehlungen des Wissenschaftsrates.

Schon im ersten Entwurf des Staatsvertrags zur Auflösung der Ost-Akademie zeigte [sich] aber, daß nun nicht mehr ernstlich daran gedacht wurde, den Kern des Forschungsinstituts zu bewahren. Die Arbeitsverhältnisse der Forscher sollten vorübergehend auf das Land Berlin übertragen werden «bis zur Übernahme in andere geisteswissenschaftliche Einrichtungen des Landes Berlin».

Das Ende der Forschungsinstitution als Gesamtheit scheint damit schon besiegt zu sein, die wenigen Wissenschaftler, die weiterbeschäftigt würden, wären isoliert. Deren Zahl schrumpfte in den Gesprächen, die der Bund, der Senat und die Akademie der Künste West-Berlins über die Zahl der möglicherweise in die Stiftung zu übernehmenden Forscher führten, auf ganze drei. Mit einer solchen Abwicklung einer anerkannt wertvollen Einrichtung vergäbe Berlin «eine unerhörte Chance, die so billig zu haben» wäre, kommentierte Lämmert, statt dessen beweise die Hauptstadt wieder einmal, daß es ein «Ort der Kirchturmpolitik» sei.

Staatssekretär Hermann Hildebrandt wurde als Vertreter der Berliner Kulturverwaltung ebenso kritisiert wie Wolfgang Trautwein von der West-Akademie. Beide verwiesen auf die «rigide Haltung» Bonns in den Gesprächen, die bis heute noch nicht abgeschlossen sind. Der Berliner Senat, das sagt Hildebrandt wiederholt, wolle grundsätzlich keine Forschungsinstitution innerhalb der Akademie der Künste, die Forschung gehöre dort einfach nicht hin. Das sei schon seit Mai 1991 deutlich gesagt worden – von einem Hinhalten der betroffenen Wissenschaftler könne daher gar keine Rede sein.

Es blieb den Forschern, denen Akademiepräsident Heiner Müller nach dem Auftrag des Kultursenators Roloff-Momin jetzt kündigen

muß, nur der Appell an den Senat, sich um ihre Belange und das Interesse der Wissenschaft zu kümmern. Der Ruf nach Fairneß dürfte vermutlich wirkungslos verhallen. Denn eine wichtige Frage blieb unbeantwortet: Warum hat, wenn die Auflösung der Forschungsabteilung schon seit über einem Jahr für den Senat feststand, kein Senatsvertreter den Betroffenen reinen Wein eingeschenkt und sie auf die Möglichkeit hingewiesen, über ein Programm wie das Wissenschaftler-Integrationsprogramm eine Stelle an der Universität zu bekommen – so, wie es bei einer großen Zahl von Wissenschaftlern geschah, die aus wesentlich schlechter evaluierten Instituten der ehemaligen Akademie der Wissenschaften kamen?

Für Akademie-Forscher war diese Möglichkeit ursprünglich nicht vorgesehen. Denn sie sollten ja als Forschungsabteilung in die Stiftung überführt werden. Schließlich hatten sie gute Arbeit geleistet in den schwierigen Zeiten der DDR, für «ein in vielerlei Hinsicht einzigartiges und besonders bewahrenswertes Element in der geisteswissenschaftlichen Forschungslandschaft der neuen Bundesländer», wie es der Wissenschaftsrat in seiner Empfehlung formuliert hatte.